

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 1 · 45. Jahrgang · 16. Wahlperiode · 29.1.2014

Wie weit?

Gibt es Abgeordnete erster und zweiter Wahl? Wo enden die Rechte der Regierung? Die Struktur des Effizienzteams der Landesregierung provoziert eine Debatte über die Ausgestaltung der Gewaltenteilung.

S. 3

Wie viel?

Mehr Windkraft, weniger Atomstrom – soweit sind sich alle einig. Aber gehören Windräder in den Wald, und wer bezahlt die Abwicklung von Atomanlagen? Entscheidungen sind gefragt.

S. 4-5

Wie gut!

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe geht es um das Handwerk in NRW: um die Meisterpflicht, die die EU auf den Prüfstand stellen will, um Chancen und Perspektiven einer mittelständisch geprägten Wirtschaftsmacht.

S. 9-11

Wie lang?

In einem Expertengespräch beschäftigt sich der Europaausschuss mit sogenannten Gigalinern. Bis zu 25 Meter lang können diese Lastwagen sein – Chance oder Risiko für den Verkehr in NRW?

S. 13

In Meisterhand Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen



Das Rückgrat der Wirtschaft

„Am Anfang waren Himmel und Erde. Den ganzen Rest haben wir gemacht“, sagt das Handwerk auf Plakaten einer stolzen Imagekampagne von sich selbst. Und tatsächlich braucht man sich, egal wo man ist, nur umzuschauen, um das Ergebnis handwerklicher Arbeit zu sehen. Allen Vorurteilen vom faulen Maler, Fliesenleger oder Schreiner mit überhöhten Rechnungen zum Trotz: Kaum ein Land, das Deutschland nicht um sein Handwerk beneidet. Die Ausbildung, die Arbeit stehen für Qualität. Woher kommt das? Ist es die penible Ader der Deutschen, die „Made in Germany“ so wertvoll macht? Sind es Arbeitsethos und Tradition, was da weitergegeben wird? Oder eine exzellente Ausbildung?

Von allem etwas. In seltener Einigkeit setzen sich vier der fünf Landtagsfraktionen entschieden dem Plan der EU zur Wehr, den Meisterbrief, der für viele Gewerke Voraussetzung für Selbstständigkeit und Ausbildungsbefugnis ist, infrage zu stellen (Seite 9). Ihnen geht es um ein Alleinstellungsmerkmal, um einen Wettbewerbsvorteil, von dem Deutschland und speziell das mittelständisch geprägte Nordrhein-Westfalen profitieren: Handwerkerinnen und Handwerker sind gut, wenn sie gut ausgebildet werden. Dafür steht in Deutschland die international viel gelobte duale Ausbildung, bei der es nicht nur um erlerntes Fachwissen geht, sondern auch um praktische Erfahrung. Fingerspitzengefühl kommt eben erst mit der Zeit, und deshalb, meinen die

vier Fraktionen, sei die Meisterqualifikation wichtig. Es sei eben nicht egal, wer die Nachwuchskräfte ausbilde. Für die Zukunft der Wirtschaft nicht und für die jungen Menschen selbst ebenso wenig: Deutschlands Jugendarbeitslosigkeit ist, verglichen mit so manch anderem europäischen Land, verschwindend gering.

VERANTWORTUNG

Trotzdem plagt auch das Handwerk die Sorge des Fachkräftemangels. Welche Ideen die Fraktionen dazu haben, wie sie die Integration von ausländischen Handwerkerinnen und Handwerkern in die hiesige Wirtschaft beurteilen, lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Zurück zum Ethos: Tatsächlich geht es bei den vielen Familienunternehmen in den Handwerksbranchen auch um gesellschaftliche Verantwortung. Oft gehört es zum guten Ton, soziale oder kulturelle Projekte vor Ort zu fördern. Ehrenamtliches Engagement, solide Ausbildung, gute Beschäftigungszahlen – gefühlt und auch tatsächlich in Zahlen ist das Handwerk so etwas wie das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Und das Parlament macht deutlich: Das ist der Politik bewusst, und vom Landtag gibt es hierfür jede Unterstützung. SOW



Schwerpunkt: Handwerk

Der Meisterbrief soll bleiben	9
Schlag auf Schlag	10-11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum

Gewaltenteilung: Effizienzteam verfassungswidrig?	3
Energie I: Atomausstieg – und dann?	4
Energie II: Windräder im Wald	5
Gesundheit: Keine Macht den Masern	6
Arbeit: Brenzlige Personallage	7
Medien: Rundfunkbeitrag soll sinken	8

Aus den Ausschüssen

Verkehr: 40 Tonnen auf 25 Metern	13
Meldungen	14
Hochschule: Jung, akademisch, befristet	15
Europa: Europa-Themen in 24 Stunden	18

Gesetzgebung	12
---------------------------	-----------

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	--------------

Portrait: Günter Garbrecht (SPD)	19
---	-----------

Impressum	19
------------------------	-----------

Termine	20
----------------------	-----------



Effizienzteam verfassungswidrig?

Opposition sieht sich in Rechten beschnitten

19. Dezember 2013 – Das Effizienzteam der Landesregierung, das Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung machen soll, war Thema einer Aktuellen Stunde. Weil an dem Gremium auch Abgeordnete der Regierungsfractionen, nicht aber der Oppositionsfractionen beteiligt sind, sehen CDU, PIRATEN und FDP den Gleichheitsgrundsatz verletzt, der für Abgeordnete zwecks Kontrolle der Regierung verfassungsmäßig gilt.

Nicht nur sei die Tätigkeit des Effizienzteams der parlamentarischen Kontrolle entzogen, kritisierte **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU). Darüber hinaus Sorge die Einrichtung des Gremiums in der bestehenden Form dafür, dass es Abgeordnete erster und zweiter Klasse im Landtag gebe. Damit verstoße das „Ineffizienzteam“ gegen die Landesverfassung und den Gleichheitsgrundsatz, der für die Rechte der Abgeordneten gelte. Das gehe auch aus einem in Auftrag gegebenen Gutachten hervor. Zudem problematisierte der Abgeordnete, dass eine Staatsgewalt sich durch eine andere institutionalisiert beraten lasse. Die Konstruktion des Effizienzteams sei einfach schief, meinte er und bezeichnete es als Auslaufmodell.

Seit über einem Jahr reklamieren die Opposition ihre Rechte – „das Informationsvakuum des Finanzministeriums ist ein Dauerbrenner im Haushalts- und Finanzausschuss“, sagte **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Seitens der Landesregierung würden die Minderheitsrechte der Opposition mit Füßen getreten. Auch Schulz fand im Parlament eine Zwei-Klassen-Gesellschaft vor und bewertete dies als „zutiefst verfassungswidrig“. Seine Forderung: Die Landesregierung solle entweder das Effizienzteam unverzüglich auflösen oder der Opposition sämtliche Gutachten, Berichte und sonstigen Informationen aus dem Gremium vorlegen

oder aber ab sofort alle Landtagsfraktionen am Effizienzteam beteiligen.

Den Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung der Regierung zog **Hans-Willi Körfges** (SPD) heran, um die Struktur des Effizienzteams zu verteidigen. In diesem sogenannten Arkanbereich nämlich greife die parlamentarische Kontrolle nicht. Zwar gebe es ein juristisches Spannungsverhältnis zwischen geschützten Rechten der Landesregierung und den Grundrechten der Abgeordneten. Der geschützte Bereich der Regierung, in den auch das Gremium falle, werde in der Rechtsprechung aber bestätigt. Im Übrigen sei die Debatte ein alter Hut: Schon Bundeskanzler Konrad Adenauer habe sich in den 60er-Jahren eine solche Mitwirkung des damaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Erich Mende gefallen lassen.

Mit dem Argument der Regierungsfractionen befasste sich **Dirk Wedel** (FDP). Wenn die Regierung sich auf ihr unmittelbares Kerngeschäft berufe, stelle sie selbiges auf den Kopf, indem sie Parlamentsvertreter in ihr Effizienzteam berufe. Zu keinem Zeitpunkt habe sich Rot-Grün dazu bereitgefunden, sich mit den Argumenten der Opposition auseinanderzusetzen, kritisierte Wedel. Er rief die Landesregierung dazu auf, einen rechtskonformen Umgang mit dem Parlament sicherzustellen und den legiti-

men Auskunftsansprüchen der Abgeordneten nachzukommen. „Die Staatspraxis hat der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung zu folgen und nicht umgekehrt“, unterstrich der Abgeordnete.

Man müsse kein Gutachten bemühen, um zu erfahren, dass das Auskunftsrecht der Abgeordneten dort ende, wo laufende Entscheidungsprozesse der Regierung betroffen seien, erklärte **Sigrid Beer** (GRÜNE): Es müsse der Regierung möglich sein, Überlegungen auch zu revidieren, sich abzustimmen, sich auszutauschen und dann erst die Entscheidung zu treffen, die schlussendlich das Parlament zu bewerten habe, fügte sie hinzu. Die Beteiligung von Abgeordneten aus dem rot-grünen Lager sei der Tatsache geschuldet, dass die Regierungsfractionen den Willensbildungsprozess mitgestalteten. Auch das Bundesverfassungsgericht differenziere bei den Abgeordneten zwischen Regierungs- und Oppositionsseite.

Robert Stein (fraktionslos) bescheinigte der Regierung eine „abenteuerliche Vorstellung von Transparenz“.

Im Effizienzteam werde eine ganze Reihe von Dingen diskutiert und auch wieder verworfen, erläuterte Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Nirgends stehe geschrieben, dass der Diskussionsprozess veröffentlicht werden müsse. „Was wir offenlegen müssen, ist das Ergebnis der Überlegungen“, erklärte er. Das Gremium könne tabufrei jeden Ausgabenposten überprüfen und im geschützten Raum Überlegungen anstellen, ohne dass die Opposition Dinge skandalisieren könne, die im Zuge des Diskussionsprozesses ohnehin wieder verworfen würden, verteidigte er das Effizienzteam. Bei CDU und FDP hätten im Übrigen zuweilen Fraktionsvorsitzende an Kabinettsitzungen teilgenommen. sow



Fotos: Schälte

Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Dietmar Schulz (PIRATEN)

Hans-Willi Körfges (SPD)

Dirk Wedel (FDP)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)



Atomausstieg – und dann?

Debatte um Abwicklung des Kernkraftwerks in Hamm-Uentrop

18. Dezember 2013 – Der gerade verabschiedete Haushalt 2014 sieht Zuschüsse im Zusammenhang mit der geordneten Stilllegung des Kernkraftwerks in Hamm-Uentrop in Höhe von 1,5 Millionen Euro vor. Im Haushalt 2013 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 32,2 Millionen Euro für denselben Zweck enthalten. Die Piratenfraktion wirft SPD und GRÜNEN vor, mit diesen Vereinbarungen gegen den Koalitionsvertrag zu handeln, und fordert in ihrem Antrag (Drs. 16/4592), dass das Land keine neuen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Betreibern eingehen soll. Die übrigen Fraktionen verteidigen die geplanten Zahlungen als Teil einer verantwortlichen Atomabwicklungspolitik, die sich aus bereits bestehenden Vereinbarungen ergebe.

Ziel der PIRATEN sei es, dass das Land NRW keine neuen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Betreibern des Atomkraftwerks Hamm-Uentrop oder etwa Jülich übernehme, so **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Die im Haushalt 2014 verabschiedete Fördersumme in Höhe von 1,5 Millionen Euro für die Restabwicklung des Kraftwerks Hamm-Uentrop widerspreche dem Koalitionsvertrag. Dort hätten die Regierungsparteien vereinbart, die Eigentümer in die finanzielle Verantwortung zu nehmen, also die Kosten auf die Großen der deutschen Energiewirtschaft abzuwälzen. Zudem liege bislang keine Finanzierungsregelung vor.

In Hamm-Uentrop müsse man derzeit erst einmal einen sicheren Einschluss gewährleisten, entgegnete **Guido van den Berg** (SPD). Dazu dienten die aktuell in Rede stehenden Ergänzungen der Vertragswerke. Die rot-grüne Landesregierung habe sich mit Vehemenz von der Atomenergie verabschiedet. Dennoch müsse sich verantwortliche Politik auch darum kümmern, gemeinschaftlich einen Weg aufzuzeigen, wie der sichere Einschluss, der Rückbau und die Entsorgung stattfinden könnten. Derzeit überprüfe der Finanzminister die rechtliche Position des Landes, um die Lasten für den Steuerzahler gering zu halten.

„Wir stehen in der Verantwortung. Wir haben bilaterale Verträge“, stellte **Thomas Kufen** (CDU) fest. Als guter Vertragspartner solle man nicht hinter dem zurückfallen, was vereinbart worden sei. Die entsprechenden Vertragsverhandlungen seien, zumindest was die Eckpunkte angehe, abgeschlossen. Die Lastenverteilung sei eindeutig. Insofern bleibe die Frage, wie man damit umgehe. Die PIRATEN würden dem Sachverhalt nicht gerecht. Zum einen nicht, indem sie glaubten, sich mit dem vorliegenden Antrag aus der Verantwortung stehlen zu können, zum anderen nicht, indem sie den Koalitionsvertrag zitierten.

Auch wenn man eine Technologie ablehne, könne man sich einer sicheren, verträglichen

Entsorgung nicht verweigern, mahnte **Hans Christian Markert** (GRÜNE). Obwohl die GRÜNEN für diese Technologie nicht verantwortlich seien, stünden sie zu ihrer Verantwortung für eine möglichst sichere und schnelle Abwicklung. Die öffentliche Hand habe viel Geld in die Atomenergie gesteckt und müsse nun auch die Konsequenzen vollständig tragen. Die Landesregierung werde sehr genau darauf achten, dass sich die Betreibergesellschafter entsprechend den Vereinbarungen und ihrer Verantwortung an den Kosten beteiligten.

Mit der neu zu treffenden Vereinbarung fördere man nicht den Ausbau kerntechnischer Anlagen, sondern wolle im Gegenteil den Prozess

des Rückbaus und der Entsorgung bestmöglich organisieren, so **Ralf Witzel** (FDP). Beim vorliegenden Antrag gehe es nicht um ein energiepolitisches Bekenntnis, sondern darum, bestehenden rechtlichen und faktischen Verpflichtungen der verschiedenen Landesregierungen der letzten Zeit nachzukommen. Insofern habe die FDP Zweifel, ob die Forderung der PIRATEN – für die Zukunft das auszuschließen, was sich an Herausforderungen noch stellen werde – realistisch sei.

Als „Unsinn“ bezeichnete Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) den Vorwurf, die Landesregierung halte den Koalitionsvertrag nicht ein und wolle künftig Atomkraftwerke fördern. Vielmehr handele es sich um eine Fortsetzung bereits eingegangener Zahlungsverpflichtungen. In einem Rahmenvertrag hätten Bund, Land und Betreiber sich verpflichtet, die Folgen der Atomförderung zu finanzieren. Zwei Fortschreibungen habe es bereits gegeben, die dritte stehe kurz bevor. In den folgenden Jahren müssten die nächsten Teilbeträge gezahlt werden, daran halte sich das Land nach kritischster Prüfung.

Anica Bömke-Ziganki

Abgelehnt

Der Antrag der PIRATEN (Drs. 16/4592) wurde in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Gemeinsam ...

... werden sich die Landtage von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg künftig um die Altersversorgung ihrer Mitglieder kümmern. Dazu haben Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** und ihr Brandenburger Amtskollege **Gunter Fritsch** einen Vertrag unterzeichnet, der die Grundlage dafür schafft, das bereits seit 2005 in NRW erfolgreich arbeitende Versorgungswerk mit Beginn der 6. Wahlperiode des Landtags Brandenburg zu einem gemeinsamen Versorgungswerk der Mitglieder beider Landtage zu erweitern. Dank der höheren Mitgliederzahl soll das Versorgungswerk zukünftig noch effizienter als bislang arbeiten können. Das bedeutet nun auch für Brandenburg: weg von der bisherigen staatlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung hin zu einer kapitalfinanzierten Altersversicherung.

Foto: Landtag Brandenburg





Windräder im Wald

Ein Teil der Energiewende in Nordrhein-Westfalen

18. Dezember 2013 – Klimaschutz? Ja! Aber zu welchem Preis? In ihrem Antrag „Keine Windräder im Wald – Landesregierung muss Kritik von Bürgern und Naturschützern ernst nehmen“ (Drs. 16/4446) fordert die FDP, Waldflächen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich als Standort für Windenergieanlagen auszuschließen. Die anderen Fraktionen sprachen sich in der Debatte für eine differenziertere Betrachtung der Standortdebatte aus.

Karlheinz Busen (FDP) warf Umweltminister Remmel vor, wichtige Funktionen des Waldes, etwa als Lebens- und Erholungsraum, durch einen massiven Ausbau der Windenergie ebendort zu gefährden. Pro Jahr stürben 160.000 Vögel und 300.000 fliegende Säugetiere durch Windräder. Einem „Monsterwindrad“ fielen bis zu 10.000 Quadratkilometer Wald zum Opfer, erklärte der Abgeordnete. Zusätzlich müssten kreisbreite Straßen und Schneisen in den Forst geschlagen werden. Klimaschutz dürfe nicht das Argument für die Gefährdung des Lebensraums Wald sein. Der Nutzen von Windrädern stünde in keinem Verhältnis zu den Schäden – auch für zukünftige Generationen.

Viele Faktoren belasteten den Wald, darunter insbesondere auch die klimatischen Bedingungen, erwiderte Norbert Meesters (SPD). Dass hier gehandelt werden müsse, sei allen klar. Gerade der Windenergieerlass vom Jahr 2011 beruhe auf einer Abwägung zwischen den Interessen des Naturschutzes und den Zielen der Energiewende. Der vom Umweltministerium herausgegebene Leitfaden zu Windenergie im Wald enthalte klare Regeln hinsichtlich der Beeinträchtigung von Natur und Landschaft. Eine uneingeschränkte Nutzung des Waldes für Windenergie, wie die FDP in ihrem Antrag suggeriere, gebe es nicht und werde es auch nicht geben, unterstrich Meesters.

In Nordrhein-Westfalen nehme der Wald mit 871.000 Hektar etwa 25,5 Prozent der Landesfläche ein, führte Hubertus Fehring (CDU) aus. Diese Flächen bei der Standortbestimmung generell auszuklammern, sei sachlich nicht gerechtfertigt und benachteilige die Eigentü-

mer. Dies seien neben Privatpersonen auch Kommunen und das Land. Wertvolle Wälder mit alter und artenreicher Flora und Fauna sowie wichtige Erholungswälder seien von der Nutzung durch Windenergie ausgeschlossen. Seiner Fraktion sei wichtig, dass die kommunale Planungshoheit gewährleistet bleibe und Betroffene frühzeitig in die Windparkplanung einbezogen würden, sagte der Christdemokrat.

Die FDP schreibe in ihrem Antrag, die Naturschutzverbände schlugen Alarm – tatsächlich seien sie aber gar nicht gefragt worden, so Wibke Brems (GRÜNE). Dagegen seien aber die Leitfäden zum Artenschutz und zur Windenergie im Wald gemeinsam mit den Naturschutz- und Investorenverbänden erarbeitet worden. Die Auswirkungen von erneuerbaren Energien müssten beispielsweise mit denen fossiler verglichen werden. So gebe es Wälder, wie etwa Monokulturen, die einen geringeren ökologischen Wert hätten. Freifahrtscheine gebe es deshalb nicht. Ließe NRW sich von der Energiewende abbringen, hieße das auch, nicht länger Energieland Nummer eins zu sein.

Vor dem Hintergrund, dass der Anteil der durch Windkraft erzeugten Energie von derzeit rund drei auf 15 Prozent in sieben Jahren steigen solle, sei es dringend erforderlich, sämtliche geeignete Standorte zu betrachten, führte Kai Schmalenbach (PIRATEN) aus. Gerade die Weiterentwicklung der Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger sei die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und den Klimaschutz, der auch für Wälder hier in NRW

Foto: Schälte

überlebenswichtig sei. Die FDP müsse sich überlegen, was die Alternative zu Windrädern sei, meinte Schmalenbach. Braunkohlewerke über das ganze Land zu verteilen, sei jedenfalls keine Lösung.

Umweltminister Johannes Remmel (GRÜNE) bemängelte, dass es der FDP nicht um eine Sachdebatte, sondern vielmehr darum gehe, Emotionen zu befeuern. Eigentliches Ziel des Antrags sei es, Stimmung gegen die Energiewende zu machen, vermutete er. Gerade die FDP habe noch vor kurzem in der Bundesregierung gesessen und den Atomausstieg beschlossen. Da müsse sie zumindest erklären, dass sie heute nicht mehr zu den im Jahr 2011 gemeinsam in Bundesrat und Bundestag beschlossenen Verabredungen stehe. „Wenn wir die Energiewende gemeinsam wollen, dann müssen wir auch die Verantwortung übernehmen, zu sagen, wo sie denn stattfindet“, betonte Remmel. *Anica Bömke-Ziganki*

Weitere Beratung

Der FDP-Antrag (Drs. 16/4446) wurde einstimmig an den Umweltausschuss überwiesen, der die federführende Beratung übernimmt. Der Wirtschaftsausschuss wird mitberatend tätig.



Keine Macht den Masern

Ein paar Prozent fehlen noch bis zur Herdenimmunität

19. Dezember 2013 – Der Landtag diskutiert über die Notwendigkeit von Masernimpfungen. Grundlage hierfür ist ein Antrag der FDP-Fraktion, worin sie die Landesregierung auffordert, ein aufsuchendes Impfangebot bereitzustellen und dies mit einer Informationskampagne zu kombinieren. Dazu sollen Rahmenbedingungen mit den Krankenkassen geschaffen werden. Es gab breite Zustimmung zum Ziel, aber unterschiedliche Einschätzungen zur Wirkung des Impfmobils.

Viele Menschen hätten die Gefahr einer Maserninfektion, an der alle Ungeschützten erkranken könnten, nicht mehr vor Augen, meinte **Susanne Schneider** (FDP). Das Risiko einer Impfung sei hundertfach kleiner als das einer Infektion. „Masern sind keine harmlose Krankheit“, betonte sie. In zehn Prozent der Erkrankungen träten Begleiterscheinungen auf, manchmal sogar Hirnentzündungen oder spätere tödliche Folgeschäden. „Wir können in den Arztpraxen warten, bis die Bürger kommen, um sich impfen zu lassen“, sagte die Abgeordnete. Für besser hielt sie es aber, die Menschen selbst aufzusuchen, beispielsweise mit einem Impfmobil, das die Gesundheitsministerin ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Masernneuinfektionen abgeschafft habe.

Der Abgeordnete und Kinderarzt **Dr. Roland Adelmann** (SPD) dankte der FDP für den Antrag,

denn jeder Diskussionsbeitrag führe den Menschen das Thema vor Augen, informiere und rege zum Handeln an. Auch er unterstrich, dass Masern eine schreckliche Erkrankung seien, dass sie Nervenzellen erheblich schädigen und auch nach Jahren noch töten könnten. Wenn bald 95 Prozent aller Menschen geimpft seien, schütze das auch Säuglinge, alte und schwache Menschen, die man nicht impfen könne. Der Antrag greife allerdings Punkte auf, die die Regierung ohnehin schon angehe, erklärte der Sozialdemokrat. Das Impfmobil hingegen bezeichnete Adelmann als reine Geldverschwendung. Rot-Grün wolle dieses Geld lieber für effektivere Maßnahmen einsetzen.

„Allein von 2012 bis 2013 hat sich in der Bundesrepublik die Anzahl der Masernfälle verzehnfacht“, zeigte sich **Walter Kern** (CDU) alarmiert. Er beklagte eine immer größere Impflücke, gerade bei Kleinkindern. Dabei steige mit dem Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder und von Ganztagschulen die Wichtigkeit der Impfung – fürs Kind persönlich und darüber hinaus aus gesellschaftlicher Verantwortung, um niemanden anzustecken. Es gelte, auch die Erwachsenenimpfung noch einmal ins Bewusstsein zu rücken sowie Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und in schwierigen sozialen Lagen zu erreichen. „Das Ziel für uns alle heißt: Masernerkrankungen verhindern, Aufklärung und Impfschutz für alle Generationen verbessern!“, so Kern.

Zum Zeitpunkt der Einschulung seien 94,1 Prozent der Kinder gegen Masern geimpft, erklärte **Arif Ünal** (GRÜNE). NRW liege damit auch über der Quote der anderen Bundesländer. Impflücken gebe es vor allem bei den nach 1970 Geborenen, was darauf zurückzuführen sei, dass damals eine einzige Impfung als ausreichend empfohlen worden sei. Das Impfmobil sei wegen mangelnder Nachfrage abgeschafft worden, so Ünal. Nachhaltig die Durchimpfungsrate erhöhen könnten Einzelmaßnahmen ohnehin nicht. Eine wesentliche Bedeutung komme

den Ärztinnen und Ärzten zu. Auch der NRW-Impftag rücke das Thema alle anderthalb Jahre in den Fokus. In den weiteren Ausschussberatungen werde man gemeinsam diskutieren, welche Maßnahmen außerdem sinnvoll seien.

Seine Fraktion stehe dem Antrag sehr aufgeschlossen gegenüber, erklärte **Olaf Wegner** (PIRATEN). Ausgehend von den im Antrag genannten Zahlen rechnete er vor, dass alle 35 bis 70 Jahre ein Mensch an den Folgen einer Masernerkrankung sterbe. Daher sehe er „eine solche Dramatik in diesem Fall nicht“ – auch wenn zweifellos jeder vermeidbare Tod eines Menschen einer zu viel sei. Wichtig sei aber, sich um die Hauptgefährdungsgruppe, nämlich die 10- bis 19-Jährigen zu kümmern, erklärte der Abgeordnete. 3,6 Prozent gingen zwischen der Erst- und Zweitimpfung „verloren“. Da es regionale Unterschiede in der Durchimpfungsrate gebe, hielt Wegner es für sinnvoll, das Impfmobil in bestimmten Regionen zielgenau einzusetzen.

„Es ist unumstritten, dass Masern zu den ansteckendsten humanen Infektionskrankheiten gehören“, sagte auch **Gesundheitsministerin Barbara Steffens** (GRÜNE). Die Landesregierung strebe aber eine wirklich selbstbestimmte Impfentscheidung der Menschen an, keine Pflicht. „Wir wollen die Menschen aufklären“, fügte sie hinzu. Die Ziele seien eine hohe Informationsdichte und eine positive Impfentscheidung. Umfassend vorbereitet werde eine Jugendinformationskampagne, um auch Heranwachsende mit Migrationshintergrund und aus unterschiedlichen sozialen Lagen zu erreichen. „Wir setzen hier nicht auf ‚schnell mal eben‘“, betonte Steffens. Beim Impfmobil aber stünden Aufwand und Wirkung in keinem Verhältnis, erklärte sie.

SOW

Überweisung

Der Landtag hat den Antrag (Drs. 16/4583) einstimmig an den Gesundheitsausschuss zur weiteren Fachberatung überwiesen.



Brenzlige Personallage

Zu wenig Feuerwehrkräfte: Höhere Zulage für Überstunden im Gespräch

18. Dezember 2013 – „Wenn ich groß bin, will ich Feuerwehrmann werden!“, ein Traum so mancher Kinder. In der Realität fehlt es den Feuerwehren derzeit aber an Kräften – und das verschärft durch eine EU-Vorgabe, die die Wochenarbeitszeit seit dem Jahr 2007 von 54 auf 48 Stunden begrenzt. Der Landtag hatte den Kommunen damals übergangsweise bis Dezember 2013 erlaubt, ihren Personalmangel notfalls durch mit Gehaltszulagen belohnten Überstunden zu kompensieren. Doch die Situation ist weiterhin brenzlich. Deshalb haben die Abgeordneten die Regelung nun entsprechend eines Gesetzentwurfs der Landesregierung um drei Jahre verlängert. Im Gespräch ist zudem eine höhere Zulage.

„Wir verlängern diese Möglichkeit letztmalig“, mahnte **Thomas Stotko** (SPD). Übersetzt heiße dies: In den nächsten drei Jahren müssten die betroffenen Kommunen und Kreise ausreichend Feuerwehrkräfte ausbilden, die dann die Arbeit erledigten, die derzeit noch für Überstunden Sorge. Einen erneuten Aufschub werde es mit den Regierungsfractionen nicht geben. Darüber hinaus kündigte Stotko an, die Überstunden-Zulage pro Schicht von 20 auf bis zu 30 Euro erhöhen zu wollen: „Wir geben den Kommunen und den Feuerwehrleuten die Gelegenheit, untereinander zu verhandeln, wie viel Geld gezahlt werden soll.“

In der Tat müssten die Kommunen nun ihrer Pflicht nachkommen und Kräfte ausbilden, unterstrich **Verena Schäffer** (GRÜNE). Es werde schließlich nicht einfacher, Nachwuchs zu werben, da für den Beruf eine fertige Handwerksausbildung nötig sei. Schäffer zeigte sich aber optimistisch, dass der zeitliche Aufschub ausreiche, um den Mangel zu beseitigen. Insgesamt stellte sie klar: „Wir reden hier heute nicht grundsätzlich über die Opt-out-Regelung, sondern nur darüber, ob die Zulage gezahlt werden kann.“ Die Opt-out-Regelung, also die Option, individuell eine höhere Wochenarbeitszeit zu vereinbaren, bleibe unberührt.

Daniel Sieveke (CDU) begrüßte, dass Feuerwehrfrauen und -männer für eine wöchentliche Arbeitszeit von über 48 Stunden nach dem Willen von SPD und GRÜNEN auch weiterhin eine Gehaltszulage erhalten sollten. Dies sei insofern erwähnenswert, als Rot-Grün die von der christlich-liberalen Koalition eingeführte Zu-

lage im Jahr 2007 eigentlich habe verhindern wollen. Unabhängig davon betonte Sieveke: „Wir sollten dabei aber nicht die Interessen der Kommunen vergessen, denen durch Ihren Gesetzentwurf faktisch Mehrkosten aufgebürdet werden.“ Dies müsse der Landtag im Fachausschuss mit den Beteiligten erörtern.

Die Regierung gehe stiefmütterlich mit den Sorgen der Betroffenen um, kritisierte **Marc Lürbke** (FDP): „Sie haben die Feuerwehren doch viel zu lange schmoren lassen, ob und wie es mit Opt-out überhaupt weitergeht.“ Darüber hinaus mache Rot-Grün es sich zu einfach, wenn sie die Kommunen nun als alleinige Sündenböcke für die Personalsituation hinstelle. Deren Finanzen seien in einem katastrophalen Zustand, erinnerte Lürbke und fragte: „Wie sollen viele Kommunen bei Ihren Vorstellungen eines Stärkungspaktes in den nächsten Jahren eine solche Überbrückungsmaßnahme überhaupt ergreifen können?“

Den Kommunen die Zahlung einer erhöhten Zulage zu ermöglichen, sei nicht ausreichend, befand **Dirk Schatz** (PIRATEN) angesichts des anspruchsvollen Feuerwehrjobs. Schon so müssten diese Beamtinnen und Beamten sieben Stunden pro Woche mehr arbeiten als sonst im öffentlichen Dienst – ohne jegliches Extrageld. Unter dem Strich handele es sich dabei fast schon um prekäre Verhältnisse, so Schatz. Zudem sei die Zulage nicht einmal verpflichtend – und das offenbar zum Stolz von Rot-Grün, „weil Sie mit dieser Freiwilligkeit die Kosten auf die ohnehin schon klammen Kommunen abwälzen und somit die Konnexität umgehen können.“

„Was Sie da vorschlagen, ist eine neue Ausgabe“, entgegnete Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) der Opposition. Doch wie die zu decken sei, dazu gebe es mal wieder keinen Vorschlag. Um den Kommunen bei der Finanzierung der Feuerwehren zu helfen, halte er es für sinnvoll, die Zulagenoption bis zum Jahr 2016 zu verlängern. „Auch wir sind den Feuerwehrleuten dankbar für ihren Einsatz“, stellte der Minister klar. Sie leisteten eine „enorm wichtige“ Aufgabe fürs Gemeinwesen. Und Rot-Grün kümmere sich: Eine Laufbahnverordnung sei in Vorbereitung. Im Anschluss werde eine Modernisierung des Dienstrechts folgen. *bra*

Opt-out-Regelung

Als Reaktion auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie gibt es in der Arbeitszeitverordnung Feuerwehr seit 2007 eine Opt-out-Regelung. Demnach können Feuerwehrleute freiwillig sechs Stunden pro Woche länger arbeiten. Die nun im Plenum beratenen Gesetzentwürfe beziehen sich auf die Möglichkeit, diese Überstunden mit einer Zulage zu belohnen.

Votum des Landtags

Der Landtag hat den Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN zu einer höheren Zulage für Überstunden (Drs. 16/4575) nach der 1. Lesung einstimmig an den Innenausschuss überwiesen. Mitberatend werden der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Kommunalausschuss tätig. Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Übergangszeit (Drs. 16/4103) wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung einzelner Fraktionen in 2. Lesung verabschiedet.



Rundfunkbeitrag soll sinken

Auch Werbefreiheit und Entlastung von Härtefällen in der Diskussion

19. Dezember 2013 – Der neue Rundfunkbeitrag spült den öffentlich-rechtlichen Sendern bis zum Jahr 2016 voraussichtlich rund 1,1 Milliarden Euro mehr in die Kassen, als sie an Bedarf angemeldet haben. Die CDU fordert daher, den Beitrag zu senken (Drs. 16/4581). Auch SPD und GRÜNE haben einen entsprechenden Entschließungsantrag vorgelegt (Drs. 16/4672), den das Plenum mit rot-grüner Mehrheit angenommen hat. Demnach spricht sich der Landtag dafür aus, mit dem Überschuss den Rundfunkbeitrag zu senken, die Werbung schrittweise abzuschaffen und besonders stark von der Systemumstellung betroffene Gruppen zu entlasten. Anfang 2013 hatte der Rundfunkbeitrag pro Haushalt die GEZ-Gebühr pro Gerät abgelöst. Bei Unternehmen ist seither die Zahl der Betriebsstätten relevant.

„Die Beiträge müssen selbstverständlich sinken, wenn mehr Geld eingenommen wird“, betonte Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU). Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) habe einen Nachlass um 73 Cent ab Januar 2015 vorgeschlagen, was der

Sprecher Oliver Keymis. Diese seien wohl in der Lage, die Beiträge zu bezahlen. Insgesamt lobte Keymis die KEF für ihren „klugen Vorschlag“, nur eine Hälfte des Überschusses für niedrigere Beiträge einzusetzen. Die andere werde für das gebraucht, was seine Fraktion im Antrag forde-

nächst die endgültige Höhe des Überschusses abzuwarten und diesen dafür zu nutzen, das neue Beitragssystem – falls notwendig – sozial gerechter und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk insgesamt barriere- und werbefreier zu machen. Nur wenn dann noch Mehreinnahmen übrig seien, könne man über sinkende Beiträge reden, meinte Schwerd. Aktuell halte er dies für zu früh.

Ähnlich argumentierte Minister Guntram Schneider (SPD), der die Medienministerin am Redepult vertrat. Die Landesregierung wolle sinkende Beiträge, doch könnten die Bundesländer darüber erst diskutieren, wenn belastbare Zahlen vorlägen und das neue System evaluiert worden sei. Bislang habe die KEF lediglich einen Berichtsentwurf vorgelegt, den sie Anfang 2014 mit den Ländern und Rundfunkanstalten erörtern und bei Bedarf anpassen werde. Erst



Fotos: Schälte

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU)

Alexander Vogt (SPD)

Oliver Keymis (GRÜNE)

Thomas Nüchel (FDP)

Daniel Schwerd (PIRATEN)

Hälfte des geschätzten Überschusses entsprechende. Daneben seien einige entlastende Korrekturen am Beitragssystem etwa für Betriebe nötig, so Sternberg. Ähnlich wie Rot-Grün forcieren die CDU zudem einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk: „Die Frage ist nur, ob man das an dieser Stelle verknüpfen sollte.“

„Herr Sternberg hat eigentlich für unseren Entschließungsantrag geredet“, stellte Alexander Vogt (SPD) fest. Das neue System habe vieles besser und gerechter gemacht. Auch die Idee, Überschüsse für sinkende Beiträge einzusetzen, sei aus Sicht der Beitragszahler gut – greife aber zu kurz. Vogt plädierte vielmehr dafür, die Chance der Mehreinnahmen voll zu nutzen. Neben niedrigeren Beiträgen sei es daher sinnvoll, schrittweise aus der Werbung auszusteigen. Zudem gehe es darum, mögliche aus dem neuen System resultierende Härtefälle zu entlasten, sobald dazu Erkenntnisse vorlägen.

„Damit meinen wir aber nicht in erster Linie die Firmen Rossmann, Sixt und andere, die mit Klagen vorgehen“, betonte der GRÜNEN-

re, nämlich Werbefreiheit und punktuelle Entlastungen. Zudem lobte er den WDR für seinen Sparwillen: Qualität und Sparsamkeit könnten durchaus zwei Seiten einer Medaille sein.

Ähnlich wie Sternberg sprach sich auch Thomas Nüchel (FDP) für eine Grundsatzdebatte über einen werbefreien Rundfunk sowie Unausgewogenheiten des neuen Beitragssystems aus. Sie sei aber losgelöst von den Überschüssen zu führen, die durch den neuen Rechen Schlüssel pro Haushalt entstanden seien, forderte Nüchel. „Mit dem Entschließungsantrag von Rot-Grün wird wieder ein bisschen der Verschiebepunkt geöffnet“, so seine Befürchtung. Die gut eine Milliarde Euro gehöre dem Beitragszahler und müsse zwingend an ihn zurückgehen: „Die Senkung des Beitrags ist dafür ein gutes Mittel.“

Für einen anderen Weg machte sich Daniel Schwerd (PIRATEN) stark: Natürlich seien niedrigere Beiträge erst einmal positiv zu bewerten, doch dürfe nicht der zweite Schritt vor dem ersten erfolgen. So plädierte er dafür, zu-

im Frühjahr rechne er mit definitiven Zahlen, anhand derer dann auch über weniger Werbung und die Ausgewogenheit der Beiträge diskutiert werde. *bra*

Beitragshöhe

Die Höhe des Rundfunkbeitrags wird von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) vorgeschlagen und von den Ländern gesetzlich festgelegt. Derzeit liegt er bei 17,98 Euro. Neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten auch die für den privaten Rundfunk zuständigen Landesmedienanstalten rund 1,9 Prozent der Gelder.

Abstimmung

Der CDU-Antrag zur Beitragssenkung (Drs. 16/4581) wurde abgelehnt. Den rot-grünen Entschließungsantrag zur Beitragssenkung, zum Abbau von Werbefreiheit und zu einer möglichen Härtefallentlastung hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN angenommen (Drs. 16/4672).



Der Meisterbrief soll bleiben

Die EU stellt ihn infrage, eine „supergroße Koalition“ wehrt sich dagegen

18. Dezember 2013 – Die Europäische Union will Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt in den einzelnen EU-Ländern abbauen und hat im Zuge dessen die deutsche Meisterpflicht im Visier. Hierzulande muss in vielen handwerklichen, potenziell gefährlichen Berufen den Meisterbrief haben, wer sich selbstständig machen und Lehrlinge ausbilden will. SPD, CDU, GRÜNE und FDP pochen in einem gemeinsamen Antrag (Drs. 16/4574) auf den Stellenwert der Meisterpflicht für das Handwerk, die PIRATEN wollen die Überprüfung durch die EU konstruktiv begleiten.

Es gehe den vier Fraktionen darum, in Richtung Brüssel deutlich zu machen: „Deutschland und ganz besonders Nordrhein-Westfalen stehen zum Handwerk und zum Meisterbrief“, unterstrich **Thomas Eiskirch** (SPD). Das Qualitätsmerkmal Meisterbrief sei ein entscheidendes Kriterium für die viel gelobte duale Ausbildung in Deutschland: Der Ausbilder bringe eben einen gewissen Erfahrungshorizont mit, der im Übrigen auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern als Qualitätssiegel diene. Außerdem seien bereits einige Berufsfelder von der Meisterpflicht befreit worden. Nun gelte es, die knapp zehn Jahre alte Handwerksordnung zu überprüfen und zu novellieren.

Rainer Spiecker (CDU) verwies auf „dramatische Folgen“ der damaligen Handwerksnovelle, bei der etwa für Unternehmer im Fliesenlegerhandwerk keine Meisterpflicht mehr gilt. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schafften Ein-Mann-Betriebe eher nicht. Schlimmer noch: Weniger Meisterbetriebe bedeuteten auch weniger Ausbildungsplätze im Handwerk. Die aber seien ein wesentlicher Grund für die in Deutschland geringe Jugendarbeitslosigkeit. Es sei schon fast schizophoren, wenn die EU sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ausbebe, auf der anderen Seite aber die Axt an das hiesige duale Ausbildungssystem lege.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE) sah im Meisterabschluss einen Wettbewerbsvorteil, auch im europäischen Vergleich. Dies beziehe sich nicht nur auf die Qualität der Leistung, sondern auch der Aus- und Weiterbildung. „Qualität ist aus unserer Sicht ein wichtiges Merkmal nachhaltigen Wirtschaftens“, sagte die GRÜNE. Trotzdem habe es damals gute Gründe gegeben, 41 von 94 Handwerksberufen von der Meisterpflicht zu befreien. Umso wichtiger sei aber

nun die Evaluation, denn die gestiegene Zahl der Unternehmen sei zwar zu begrüßen, aber nur, wenn diese sich auch dauerhaft wirtschaftlich entwickeln könnten.

„Europa kann nicht bedeuten, dass es hier um Gleichmacherei geht“, meinte **Ralph Bombis** (FDP). Vielmehr könnten die Mitgliedstaaten voneinander lernen und von den Stärken der anderen profitieren. Der Meisterbrief etwa bedeute Befähigungsnachweis und Qualitätssiegel. Er bringe nicht nur erfolgreiche Unternehmen und qualifizierte Fachkräfte mit sich. Er sporne auch junge Menschen an, sich zu engagieren und weiterzuentwickeln. Bombis bekannte sich darüber hinaus auch zur mittelständischen Struktur in NRW. Der Mittelstand dürfe nicht durch zu starke Abgaben und Bürokratie immer weiter belastet werden.

„Offensichtlich haben Sie kein Interesse an einer neutralen Überprüfung. Sie haben sich politisch bereits festgelegt“, deutete **Daniel Schwerd** (PIRATEN) die Tatsache, dass ein Satz aus dem Antrag der anderen vier Fraktionen wortgleich in der Deutschen Handwerkszeitung erschienen war. „Mir ist diese supergroße Koalition jedenfalls suspekt“, fügte er hinzu. Es werde versucht, jede Veränderungsidee im Keim zu ersticken. Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass der Meisterbrief tatsächlich die beste Lösung sei, sei die Initiative der EU völlig legitim, meinte Schwerd und plädierte für Transparenz in den jeweiligen nationalen Berufsreglementierungen in Europa.

Foto: Schälte

Handwerksminister Garrelt Duin (SPD) verwies auf die Verantwortungskultur der Familienunternehmen, die im Handwerk häufig vorkämen. Auch kulturelles und ehrenamtliches Engagement werde hier großgeschrieben. Nicht zuletzt seien es die Meisterbetriebe des Handwerks, die die Energiewende konkret in Unternehmen und Haushalten umsetzten. Das Handwerk trage Wirtschaft und Gesellschaft, stärke mehr als alle anderen Wirtschaftsbereiche das duale Ausbildungssystem sowie den Fachkräftenachwuchs und sei Wohlstands- und Wachstumsgarant – Grund genug für den Minister, den Meisterbrief gegenüber der EU zu verteidigen. sow

Angenommen

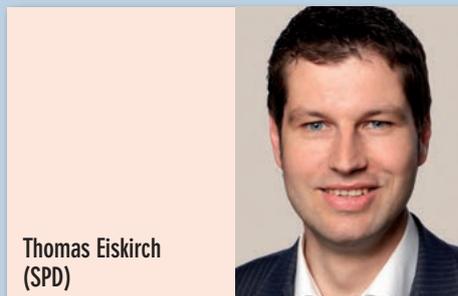
Der Landtag hat den Antrag (Drs. 16/4574) mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion angenommen.



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Früher waren die Kohle- und Stahlkonzerne die großen Arbeitgeber, heute ist NRW trotz vieler Konzerne eher mittelständisch geprägt. Der Wirtschaftsfaktor Handwerk bedeutet für unser Land ...

... eine tragende Säule unseres Mittelstandes. Handwerk, das sind in Nordrhein-Westfalen 100 Milliarden Euro Umsatz und mehr als eine Million Arbeitsplätze. Die Vielfalt bringt Stabilität.

... beste Ausbildung, Verantwortung durch Eigentümerhaftung, Krisenfestigkeit und gesellschaftliche Verantwortung. In NRW legen im Jahr fast 20.000 junge Menschen ihre Gesellenprüfung ab. Über 4.000 Handwerker erhalten ihren Meisterbrief. Diese Zahlen sprechen für sich und unterstreichen die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Handwerk.

Die duale Ausbildung in Deutschland genießt ein hohes Ansehen. Dass in vielen Gewerken nur ausbilden darf, wer einen Meisterbrief hat, ...

... ermöglicht eine qualitativ hochwertige Ausbildung und trägt auf diese Weise zum hohen Ansehen des dualen Systems bei. Hinzu kommt: Die Meisterschule ihrerseits ist eine äußerst erfolgreiche Unternehmensschulung für Erfolg und Nachhaltigkeit handwerklicher Qualität und Selbstständigkeit. Meistergründung und Meistergründungsprämie sind echte Erfolgsgeschichten.

... ist richtig und muss auch in die Köpfe der Bürokraten in Europa. Wer Deutschland als starkes und solidarisches Zugpferd in Europa will, darf die Erfolgsfaktoren nicht schwächen. Die duale Ausbildung und der Meisterbrief sind solche Erfolgsfaktoren.

Um dem Fachkräftemangel im Handwerk zu begegnen, ...

... müssen sich Unternehmen aktiv engagieren. Da ist noch Luft: Wir brauchen weniger Ausbildungsabbrüche, Perspektiven für Studienabbrecher, die zweite Chance für den Abschluss und die Weiterqualifizierung von Beschäftigten. Die Bedingungen in männerdominierten Gewerken müssen für Frauen attraktiver werden.

... brauchen wir eine schulische Ausbildung, die jungen Menschen Lust auf praktische Arbeit macht. Auch in den vielen neuen Gesamtschulen im ländlichen Raum dürfen die Schülerinnen und Schüler nicht nur zum Abitur geführt werden. Lieber ein glücklicher Handwerker als ein frustrierter Akademiker.

Das deutsche Handwerk hat einen exzellenten Ruf. Damit auch Arbeitskräfte aus dem Ausland hierzulande Fuß fassen können, ohne den Wettbewerb zu verzerrern, kommt es darauf an, ...

... die Verbesserungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse zügig umzusetzen und Kosten notwendiger Nachqualifizierungen bezahlbar zu halten. Beste Mittel sind verbindliche Tarifverträge und ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn. Das stärkt den Wettbewerb um Qualität, nicht um die billigsten Arbeitskräfte.

... dass sich der Verbraucher auch in Zukunft auf exzellente Qualität verlassen kann, wenn er das Handwerk beauftragt. Dazu müssen junge Menschen aus anderen Ländern in unser System der dualen Ausbildung integriert werden.

Datenausspähung kann auch Wirtschaftsspionage bedeuten. Um kleine und mittelständische Unternehmen vor Ideenklau, wirtschaftlichem und Image-Schaden zu bewahren, ist es wichtig, ...

... nicht leichtfertig mit dem Thema umzugehen, um Sicherheitslücken zu schließen. Gegen staatlich organisierte Wirtschaftsspionage müssen Politik, Behörden und Unternehmen gemeinsam vorgehen. Die Zusammenarbeit von Unternehmen, Kammern und Verbänden mit den zuständigen Organen muss weiter vertieft werden.

... dass wir als Exportland mit für viele in der Welt spannendem Wissen und Können unsere „hidden champions“ besser schützen.



Diesmal zum Thema Handwerk.



Daniela
Schneckenburger
(GRÜNE)



Ralph Bombis
(FDP)



Daniel Schwerd
(PIRATEN)

... die Garantie für wirtschaftliche Stabilität und eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur. Jeder fünfte Arbeitsplatz in NRW hängt unmittelbar am Handwerk. Daneben trägt es in besonderem Maße zur ökologischen Erneuerung, zur Ausbildung und zur regionalen Wertschöpfung bei.

... über eine Million Arbeitsplätze. Das Handwerk ist ein Grundpfeiler der Wirtschaft in NRW. Es bildet junge Menschen zu Fachkräften aus und trägt maßgeblich zum Wohlstand bei. Aber das Handwerk ist mehr als Zahlen: Es ist eine Lebenseinstellung. Verantwortung, Fleiß, Eigeninitiative – das bedeutet Handwerk!

... zunächst einmal die Qualitätsarbeit von mehr als einer Million Handwerkern in ca. 190.000 Betrieben. Sie bilden das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Leider gehören auch wenig transparente und als undemokratisch empfundene Strukturen im Kammerwesen dazu. Daran müssen wir arbeiten.

... zielt darauf, gerade bei gefahrgeneigten Gewerken die Qualität der Ausbildung und ein hohes fachliches Qualifikationsniveau zu sichern. Die Handwerksnovelle 2004 hat darum richtigerweise hinsichtlich der Meisterpflicht zwischen Gewerken unterschieden.

... ist richtig und eine Basis deutscher Qualitätsarbeit. Lehren will gelernt sein, und eine gute Ausbildung ist anspruchsvoll sowohl für den Azubi als auch für den Ausbilder. Es ist ja auch niemand ernsthaft der Ansicht, dass allein das Abitur dafür ausreichen würde, Gymnasiallehrer zu werden.

... ist ein guter Weg – unter vielen – die Qualität der Ausbildung zu sichern. Die gute Reputation der dualen Ausbildung sollte aber nicht dazu führen, dass neue Impulse automatisch auf Widerstand stoßen. Uns PIRATEN liegt eine konstruktive Debatte am Herzen, die ohne Denkverbote auskommt.

... brauchen wir eine Stärkung der dualen Berufsausbildung, eine verbesserte Integration von Migrantinnen und Migranten in das Ausbildungssystem und den Arbeitsmarkt sowie verbesserte Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

... benötigen wir zum Beispiel eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein stärkeres Bewusstsein dafür, dass nicht nur ein Hochschulstudium zu beruflichem Erfolg und Selbstverwirklichung führen kann, und eine stärkere Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte.

... gilt es, den Mut aufzubringen, auch außerhalb der klassischen Zielgruppen nach kompetentem Nachwuchs zu suchen und mehr selbst auszubilden. Übrigens: Aus Rumänien und Bulgarien kommen derzeit viele motivierte Arbeitskräfte nach Deutschland. Dies sollten wir als Chance für alle Beteiligten begreifen.

... auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben die Voraussetzungen zu schaffen, um die interkulturellen Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund stärker einzubinden. Hierfür ist auch die leichtere Anerkennung gleichwertiger Berufsabschlüsse, die im Ausland erworben wurden, wichtig.

... eine Willkommenskultur zu schaffen, die eine bestmögliche Integration ermöglicht. Gleichzeitig müssen Regelungen gegen Lohndumping etc. konsequent durchgesetzt werden.

... das Problem der prekären Solo-Selbstständigkeit anzugehen sowie einen flächendeckenden Mindestlohn zügig einzuführen. Aber auch die problemlose Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen ist von zentraler Bedeutung, damit Zugewanderte ihr ganzes Potenzial entfalten können.

... das ganze Ausmaß des Überwachungskandals zu kennen. Auf dieser Basis müssen vorhandene Maßnahmen ausgebaut und neu justiert werden. Wir müssen das Bewusstsein für diese Gefahr bei allen Unternehmen schärfen und ihnen konkrete Hilfen anbieten, um das Vertrauen in das Internet als Innovationsmotor wiederherzustellen.

... das Problembewusstsein in den Betrieben zu erhöhen. Auch dort muss in Sicherheit investiert werden. Die Politik muss den Mittelstand durch Aufklärung und die Förderung sicherer Infrastrukturen unterstützen. Und sie muss aktiv und mit sämtlichen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten gegen Wirtschaftsspiionage vorgehen.

... dass Politiker in Berlin und Düsseldorf nicht weiter den Kopf in den Sand stecken, während NSA und Co. an der Totalüberwachung von Bürgern und Unternehmen arbeiten. Eine große Chance besteht in der Entwicklung von vertrauenswürdiger Open-Source-Software für einen Datenschutz „Made in Germany“.



Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/4823	Änderung des Hinterlegungsgesetzes, CDU	Vorschlag: Rechtsausschuss	1. Lesung 30.1.2014
16/4775	Änderung des Kirchensteuergesetzes und des Kirchenaustrittsgesetzes, LR	Vorschlag: Hauptausschuss	1. Lesung 29.1.2014
16/4774	LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 29.1.2014
16/4661	Bereinigung des als Landesrecht fortgeltenden ehemaligen Reichsrechts, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 29.1.2014
16/4819	Ausbau des Kinderschutzes, CDU/FDP/PIRATEN	Vorschlag: Sozialausschuss	1. Lesung 29.1.2014
16/4824	Vorlage einer verbindlichen Finanzplanung bis 2020, CDU	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 29.1.2014
16/4807	Weiterentwicklung der Berufskollegs (Schulrechtsänderungsgesetz), SPD/CDU/GRÜNE	Vorschlag: Ausschuss für Schule und Weiterbildung	1. Lesung 29.1.2014
16/4575	Gewährung einer Zulage für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im feuerwehrtechnischen Dienst, SPD/GRÜNE	Innenausschuss	in Beratung
16/4443	Aufhebung des Tarifreue- und Vergabegesetzes, FDP	Wirtschaftsausschuss	Anhörung 19.3.2014
16/4380	Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens, LR	Innenausschuss	Ausschussberatung 6.2.2014
16/4379	Wohnungsaufsichtsrecht/ Wohnraumrecht, LR	Bauausschuss	Anhörung 18.2.2014
16/4232	Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften, LR	Bauausschuss	Anhörung 10.3.2014
16/4231	Gesetzliche Befristungen im Bereich des Justizministeriums, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung in Kürze

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/4165	Offenlegung der Bezüge von Sparkassenführungskräften im Internet, PIRATEN	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung 13.2.2014
16/4157	Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes, CDU	Innenausschuss	Anhörung 8.4.2014
16/4155	Regelung des Strafvollzuges in NRW, CDU	Rechtsausschuss	Anhörung geplant
16/4151	Körperschaftsrechten für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, alle Fraktionen	Hauptausschuss	Anhörung 20.3.2014
16/3969	Neuordnung der Schul- und Studienfonds, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	3. Lesung 29.1.2014
16/3948	Nichtgewerbliches Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten, PIRATEN	Umweltausschuss	in Beratung
16/3457	Änderung des Landesjagdgesetzes, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/3440	Ausführungsgesetz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, CDU/FDP/PIRATEN	Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	2. Lesung 29.1.2014
16/3388	Demografiefeste, teilhaborientierten Infrastruktur, (GEPa NRW) LR	Sozialausschuss	in Beratung
16/3248	Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit, PIRATEN	Innenausschuss	in Beratung
16/2885	Chancengleiche Ausgestaltung von weiterführenden Schulformen, FDP	Ausschuss für Schule und Weiterbildung	2. Lesung 29.1.2014
16/2723	Änderung des Bestattungsgesetzes, LR	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	in Beratung
16/2336	Entpolitisierung der Polizei, FDP	Innenausschuss	2. Lesung 29.1.2014
16/2124	Wiederkehrende Straßenausbaubeiträge, CDU	Ausschuss für Kommunalpolitik	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/4333	Bereinigung des in NRW geltenden preußischen Rechts	Landesregierung	1. Lesung 28.11.2013 2. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/4103	Gesetzliche Befristungen, Finanzministerium	Landesregierung	1. Lesung 16.10.2013 2. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/3970	Gesetzliche Befristungen im Bereich der Landwirtschaftskammer NRW	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/3967	Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden etc.	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/3527	Errichtung einer Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek Medizin“	Landesregierung	1. Lesung 25.9.2013 2. Lesung 18.12.2013	angenommen
16/3334	Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 11.7.2013 2. Lesung 18.12.2013	angenommen

Ein Gesetzentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtag.nrw.de ausführlichere Informationen.



40 Tonnen auf 25 Metern

Wie lang darf es werden? Fachleute streiten über EU-Pläne zu Riesen-Lkw

17. Januar 2014 – Die EU will ihren Mitgliedstaaten erlauben, überlange Lastwagen von bis zu 25,25 Metern bald auch grenzüberschreitend fahren zu lassen. Bislang ist dies auf einzelne Länder begrenzt. In Deutschland gewähren derzeit nur wenige Bundesländer testweise den Einsatz von Gigaliner mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 40 Tonnen (Kombiverkehr 44 Tonnen). NRW ist nicht mit von der Partie – zum Unverständnis der Speditionsbranche, wie sich nun auch in einem von der Piratenfraktion beantragten Expertengespräch im Europaausschuss zeigte (Drs. 16/2896). Hingegen befürchten Gegner der Riesen-Laster, dass die neuen EU-Pläne zum Einfallstor für noch schwerere Lang-Transporter werden.



Foto: Kögel

„Es gibt gar keinen Grund, sie einzuführen“, wehrte sich Dirk Flege von der Allianz pro Schiene im Europaausschuss des Landtags gegen die Pläne der EU. Gerade für NRW seien Gigaliner-Fahrten eine heikle Angelegenheit. Immerhin habe sich das Land bislang dagegen ausgesprochen – doch was, wenn auf Bundesebene die Durchfahrterlaubnis erteilt würde, fragte Flege: „Es würde eine heillose Verwirrung geben.“ Zudem bezeichnete er die extralangen Transporter als gefährlich und umweltschädlich: Billiger und damit steigender Lkw-Verkehr bedeute mehr CO₂.

„Der Verkehr frisst all das auf, was in anderen Sektoren mit Milliardeninvestitionen erreicht ist“, kritisierte der EU-Abgeordnete Michael Cramer in Hinblick auf die EU-Klimaziele. Ähnlich bewertete dies Matthias Pippert von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft: „Wir sehen in den Lang-Lkw überhaupt keine ökologischen Vorteile.“ Er könne nicht nachvollziehen, wofür man den Gigaliner brauche, wo es doch die Perspektive einer CO₂-freien Bahn gebe. Über den Lang- in den Schwer-Lkw einzusteigen, sei sicher ein unausgesprochenes Ziel vieler Akteure in der Branche, so der Gewerkschafter. Entsprechende Änderungsanträge lägen längst schon vor, pflichtete Cramer bei: „Das ist verrückt!“

tik GmbH und warnte vor blinder Panikmache. „Fakt ist, dass der Lang-Lkw einen Kostenvorteil gegenüber dem Standard-Lkw von 15 bis 20 Prozent hat“, unterstrich Hans-Paul Kienzler von der Verkehr-Beratungsfirma Protrans. Verkehre würden sich wohl verlagern. Trotzdem müsse allen klar sein, dass die in Deutschland möglichen Gigaliner nur für bestimmte leichte Güter von Vorteil seien. Schließlich werde das bislang zulässige Maximalgewicht von 40 Tonnen einfach auf einen längeren Transporter mit mehr Volumen verteilt. „Lang-Lkw sind eine Lösung für ein kleines Segment“, bestätigte Marcus Hover vom Verband Verkehrswirtschaft und Logistik NRW.

Sein Verbandskollege Dr. Christoph Kösters betonte außerdem, es grenze an Fantasie, zu glauben, alle Güterverkehre auf die Schiene bringen zu können. Dort gebe es jetzt schon Engpässe: „Wir müssen vielmehr einen modalen Ansatz wählen“, forderte Kösters. Sprich: Alle Verkehrsträger verbessern, um den wachsenden Güterverkehr zu bewältigen. Dies sei das schlagende Argument, stimmte die EU-Abgeordnete Gesine Meißner zu.

KOMPLIZIERTE ÜBERHOLMANÖVER AUF AUTOBAHNEN

Der Verband Spedition und Logistik NRW könne jedenfalls nicht nachvollziehen, warum NRW anders als etwa Hessen nicht bei den Testversuchen mitmische, kritisierte Dr. Rüdiger Ostrowski: „Hat man etwa Angst vor dem Erfolg des Systems?“ Die Sorge, dass Güterverkehre massenweise von Schiene und Schiff auf

die Straße abwanderten, sei völlig unbegründet, befand der Verbandssprecher wie auch die EU-Abgeordnete Meißner. Es gehe doch nicht um einen flächendeckenden Gigaliner-Einsatz, sondern lediglich um spezielle Strecken.

Was die Straßen betrifft, rechnet der Landesbetrieb Straßenbau NRW zumindest bei 40-Tonnen-Gigaliner nicht mit zusätzlichen Schäden, so der Geschäftsführer Ralf Pagenkopf. Anders sehe dies allerdings aus, falls das zulässige Gesamtgewicht der Lang-Laster weiter hochgeschraubt würde. Zudem rechnet Pagenkopf bereits bei der Light-Version mit Herausforderungen für den Straßenverkehr: Das Auffahren auf die Autobahn oder Überholmanöver könnten sich mitunter als schwieriger erweisen und der Straßenverkehr werde wohl auch weniger flüssig rollen.

bra

Aktuelle Regelung

Deutschlandweit sind nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung derzeit grundsätzlich Fahrzeuge mit einem maximalen Gesamtgewicht von 40 Tonnen (Kombiverkehr 44 Tonnen) sowie einer Maximallänge von 18,75 Metern zugelassen. Auf Basis der EU-Richtlinie 96/53/EG haben einige Bundesländer darüber hinaus versuchsweise den Einsatz von bis zu 25,25 Meter langen 40-Tonnern/44-Tonnern freigegeben.

LANG-LKW ALS LÖSUNG FÜR EIN KLEINES SEGMENT

Schwerere Gigaliner stünden hierzulande nicht zur Diskussion, entgegnete der Unternehmer Siegfried Serrahn von der Spedition + Logistik



+++Meldungen+++

Opel-Aus – wie weiter?

15. Januar 2014 – In einem Werkstattprozess soll derzeit zwischen der Stadt Bochum, dem Land NRW und der Adam Opel AG geklärt werden, wie die Fläche der drei Opel-Werksflächen in Bochum weiter vermarktet und genutzt werden können. Der zweite Teil der Werkstattgespräche stehe unmittelbar bevor, erläuterte Minister Garrelt Duin (SPD) den Mitgliedern des **Wirtschaftsausschusses**, und in den nächsten Tagen sei vieles entscheidungsreif. Sobald der Prozess abgeschlossen sei, könne der Bochumer Rat am 30. Januar den Gründungsbeschluss zur gemeinsam mit Opel zu gründenden Gesellschaft „Perspektive 2022“ fassen. Die Gesellschaft könne dann beim Land formal Anträge auf Fördermittel stellen.

Die hässliche Seite des Fußballs

16. Januar 2014 – Die Ausschreitungen von Dresdner Hooligans im Zusammenhang mit dem Zweitliga-Spiel von Dynamo Dresden bei Arminia Bielefeld am 6. Dezember 2013 waren Thema im **Innenausschuss**. „Es gibt nicht die einzelne Maßnahme“, erklärte der Minister. Gebrauch werde zweierlei: repressive Mittel, um gewalttätigen Störern zu begegnen, aber auch eine gute Kommunikation mit den eigentlichen Fans der Vereine: Ein wesentliches Ziel sei es, dass die Ultras, also die glühenden Fans eines Fußballvereins, die aber zunächst einmal nicht gewalttätig seien, sich von den Gewalttätigen distanzieren, damit diese schließlich isoliert würden. 30 Prozent aller Kapazitäten der Bereitschaftspolizei entfielen inzwischen auf solche Einsätze bei Fußballspielen.

Gendersensibler Start ins Berufsleben

15. Januar 2014 – Mehr Frauen in Technikberufen, mehr Männer in der Pflegebranche: Darauf zielt ein gemeinsames Projekt von Emanzipations- und Arbeitsministerium ab, das die beiden Ministerien den Mitgliedern des **Gleichstellungsausschusses** vorgestellt haben. Es gehe darum, tradiertes Rollendenken zu überwinden und die persönlichen Fähigkeiten der Jugendlichen bei ihrer Berufswahl stärker zu betonen. Das Projekt läuft seit dem vergangenen Herbst und ist auf insgesamt zwei Jahre angelegt. Angedockt wird es an die derzeit in der Pilotphase befindliche Landesinitiative

„Kein Abschluss ohne Anschluss“. Diese setzt ab der 8. Klasse an und soll den Übergang von der Schule in den Beruf langfristig erfolgreicher gestalten. Zentrale Bestandteile seien Potenzialanalysen, Beratungen, Praktika und eine Ausbildungsgarantie für das vom Jugendlichen angestrebte Berufsbild. Teilweise zeigten sich die Abgeordneten irritiert darüber, dass Lehrkräfte zunächst nicht an den angebotenen Workshops und sonstigen Angeboten

Illustration: Peter Flock



teilnehmen dürften. Zudem kritisierten einige von ihnen den fehlenden Pflichtcharakter des Projekts. Daraufhin antwortete ein Vertreter des Schulministeriums: „Es geht um Bewusstseinsänderung, und die kann man nicht leicht verfügen.“

Patientenbeauftragter und Palliativmedizin

22. Januar 2014 – Im **Gesundheitsausschuss** hat der neue Patientenbeauftragte der Landesregierung, Dirk Meyer, sich selbst wie auch die Ziele seiner Arbeit vorgestellt. Sein oberstes Ziel sei es, die Perspektive der Patienten im Gesundheitssystem zu stärken, betonte Meyer. Konkret verstehe er sich als Anwalt der Betroffenen und als Lotse durchs Gesundheitssystem. Zudem gehe es darum, die Beschwerden und Erfahrungen der Patientinnen und Patienten sowie der Angehörigen zu bündeln, auszuwerten und Probleme im System sichtbar zu machen. Einschränkend betonte Meyer allerdings: „Ich habe in meinem Amt keine Möglichkeit, direktiv durchzugreifen.“ Es gehe ihm in der seit 2012 bestehenden Funktion vielmehr darum, die jeweiligen Akteure zu überzeugen und auch bei Gesetzesvorhaben mitzuwirken. Außerdem hat sich der Gesundheitsausschuss fraktionsübergreifend für eine verbesserte Palliativ- und Hospizversorgung von Kindern ausgesprochen (Drs. 16/4831).

Vermitteln und Helfen

23. Januar 2014 – Die Arbeit der Ombudschaft Jugendhilfe NRW war Thema im **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie**. Geschäftsführer Bernd Hemker beschrieb Ombudspersonen als Ansprechpartner für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die das Gefühl haben, vom Jugendamt oder auch freien Trägern ungerecht behandelt zu werden. Dabei gehe es oft um Probleme beim Stellen von Anträgen, ums Sorge- und Umgangsrecht oder

um die Situation in Einrichtungen, in denen die Menschen untergebracht seien. Mit ihrer Tätigkeit gleichen die Ombudsleute die Machtasymmetrie zwischen professionellen Trägern und Jugendämtern auf der einen Seite und Menschen, die oft von den spezifischen Rechtsfragen wenig Ahnung hätten, aus. Hemker wünschte sich für die Zukunft, dass das Land die Kosten für eine bislang aus privaten Fördergeldern finanzierte, landesweit tätige Regiestelle übernehme, und forderte von Land und Kommunen gemeinsam eine unabhängige Ombudschaft und zwei ehrenamtliche Ombudspersonen pro Jugendamt, denn es brauche Gesichter vor Ort.

Landesinstitut für Schule

22. Januar 2014 – Der neue Leiter der ebenfalls neuen „Qualitäts- und Unterstützungs-Agentur – Landesinstitut für Schule“ hat sich im **Schul-ausschuss** vorgestellt. Ihm sei es ein großes Anliegen, die Schulen über die Agentur mittelbar und unmittelbar zu unterstützen, betonte Eugen-Ludwig Egyptien: „Das braucht Zeit, der Aufbau hat gerade erst begonnen – aber wir fangen jetzt an!“ Bis zum Jahr 2015 soll das Institut mit acht Arbeitsbereichen schrittweise aufgebaut werden. Anders als in den anderen Bundesländern habe es in NRW in den vergangenen Jahren keine beratende Stelle für das Schulministerium gegeben, betonte Schulministerin Sylvia Löhrmann. Diese war unter schwarz-gelber Regierung aufgelöst worden. Die Regierungsfractionen zeigten sich erfreut über das Wiederaufleben. Ähnlich äußerten sich die PIRATEN, wobei sie sich mehr Kooperation mit den Schulen wünschten. Weniger zufrieden mit dem Landesinstitut zeigten sich CDU und FDP. Ihrer Auffassung nach ist es konzeptionell falsch angelegt und präsentiert sich durch mangelnde Autonomie eher als „aufgeblähtes Schulministerium“.



Im Hochschulausschuss präsentierte Antonia Kühn, Leiterin der Abteilung Hochschulen, Wissenschaft und Forschung im DGB NRW, den Abgeordneten die Ergebnisse der über 900 ausgewerteten Fragebögen. Sie betonte, dass es sich nicht um eine sozialwissenschaftliche, empirische Studie handele, aber durchaus um ein „kleines Blitzlicht aus Nordrhein-Westfalen“, um der Politik aufzuzeigen, wo es sich lohne, näher hinzuschauen.

Es gebe an den Hochschulen eine ausufernde Befristungspraxis, fasste Kühn eine zentrale Aussage aus den Ergebnissen zusammen. Auch das Thema Überstunden sei relevant: Mehr als zwei Drittel aller Vollzeitbeschäftigten machten regelmäßig Überstunden.

Vier von zehn Befragten hielten ihr Einkommen für nicht angemessen, erklärte die Expertin. Jeder vierte Teilnehmende beurteilte die Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz so schlecht, dass er dort nicht dauerhaft arbeiten wolle. Auch beim Thema Qualifizierung fühle sich ein Drittel der Befragten nicht hinreichend unterstützt.

Nur 22 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hätten angegeben, mit der Arbeitsbelastung sehr unzufrieden zu sein. Eine mögliche Erklärung für den verhältnismäßig geringen Wert bei zu hoher Arbeitsbelastung im Vergleich zu den geleisteten Überstunden sah die Gewerkschafterin in einem positiven Ergebnis der Studie: Zwei Drittel der Befragten hätten angegeben, selbstbestimmt arbeiten zu können.

FORDERUNGEN

Trotzdem zog die Expertin ein insgesamt negatives Fazit: „Die Hochschulen sind weit davon entfernt, ein guter Arbeitgeber zu sein.“ Ihre Forderungen: NRW müsse wieder die Verantwortung für die Arbeitskräfte übernehmen, sachgrundlose Befristungen abschaffen, Beschäftigte an Fachhochschulen mit denen an Universitäten gleichstellen, Personalentwicklung für alle Hochschulen etablieren, „gute Arbeit“ an Hochschulen voranbringen und dafür sorgen, dass die Tarifautonomie nicht weiter eingeschränkt bleibe.



Foto: Schälte

Jung, akademisch, befristet

Schlechte Umfragewerte für den Arbeitgeber Hochschule

23. Januar 2014 – Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) NRW hat Beschäftigte an über 20 NRW-Hochschulen befragt, wie zufrieden sie mit ihrer Arbeitsstelle sind. Ergebnisse der nicht repräsentativen Umfrage: zu viele Befristungen, zu viele Überstunden, nicht immer angemessene Bezahlung – als Pluspunkt aber selbstbestimmtes Arbeiten. Ein Viertel aller Beschäftigten wollen den Arbeitgeber wechseln. Ein alarmierendes Zeichen für die Politik?

Klaus Böhme von der Landespersonalratkonferenz bestätigte für die in Technik und Verwaltung Angestellten die Tendenz zur Selbstaussbeutung. Überstunden würden nicht angeordnet, sondern freiwillig geleistet. „Da gibt’s auch einfach Druck“, widersprach für die wissenschaftlichen Angestellten Bernadette Stolle und verwies auf eine doppelte Abhängigkeit. Noch immer sei es gängige Praxis, eine halbe Stelle an eine Doktorandin oder einen Doktoranden zu vergeben, verbunden mit der Aussage: „Auf der anderen halbe Stelle kannst du dann ja promovieren.“ Der Vorgesetzte sei dann eben auch derjenige, der das Promotionsverfahren begutachte.

Böhme appellierte, unterstützt von anderen, deutlich an die Politik, sogenannte sachgrundlose Befristungen abzuschaffen. Gründe für Befristungen seien etwa eine Qualifikationsstufe, Drittmittel für ein zeitlich begrenztes Forschungsprojekt oder Vertretungsregelungen.

„Es gibt ja immer etwas zu tun, was man verbessern kann“, stimmte Regina Zdebel, die für die Universitätsleitungen sprach, zu. Auch lasse sie es gelten, wenn eine gewisse Unzu-

friedenheit unter den Beschäftigten festzustellen sei. Für den Vorwurf, Hochschulen seien schlechte Arbeitgeber, fehle aber die Grundlage.

VERLÄSSLICHE FINANZIERUNG

Dr. Christina Reinhardt betonte aus Sicht der Fachhochschulleitungen, dass sie ein gleiches Interesse wie der DGB an guter Arbeit habe. Denn die Hochschulen wollten die Besten beschäftigen, und die Konkurrenz zur Wirtschaft um qualifizierte Arbeitskräfte sei hart. Manches sei aber für die Hochschulen nicht so einfach zu beeinflussen. Die Gesetzmäßigkeiten, nach denen die Hochschulen arbeiten müssten, seien andere. Niemand wolle eine ausufernde Befristungspraxis, aber man sei an die Dauer von Forschungsprojekten und Ähnliches gebunden. Um unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, brauche man eine verlässliche Finanzierung, sagte sie mit Blick auf die Politik. DGB-Frau Kühn erwiderte: „Jedes mittelständische Unternehmen plant besser als die Hochschulen“ – auch dort sei nicht immer die künftige Auftragslage sicher.

sow



Aus den Fraktionen

Trendwende bei Wohnraumförderung – Mehr Anreize für Investoren

Die Trendwende bei der Wohnraumförderung in NRW ist erreicht. Die zeitgemäße und zielorientierte Ausrichtung der Förderpolitik zeigt Wirkung. Diese positive Entwicklung ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen: So sollen Förderhöchstgrenzen angehoben, Zinsen auf bis zu null Prozent gesenkt, Mietobergrenzen erhöht und Tilgungsnachlässe gewährt werden.

Die nordrhein-westfälische Regierung will die Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf hohem Niveau verstetigen. In den nächsten vier Jahren stehen 800 Millionen Euro pro Jahr als günstige Darlehen zur Verfügung. Mit den seit 2010 kontinuierlich verbesserten Konditionen werden weitere Anreize gegeben, um potenzielle Investoren für den Bau von preisgebundenen Mietwohnungen zu gewinnen. Dazu werden die Mietobergrenzen und die Darlehenssum-

men pro Quadratmeter angehoben, zudem bekommen Investoren und Wohnungsbaugesellschaften günstigste Konditionen, wenn sie barrierefrei bauen oder in die energetische Erneuerung investieren. Die Zinsen liegen bei null bis 0,5 Prozent. Reiner Breuer (Foto), wohnungsbaupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, begrüßt die Neuerungen: „Der Bestand an gefördertem Wohnraum in NRW muss dringend wachsen. Wir brauchen bezahlbare Mieten besonders in Wachstumsregionen und Universitätsstädten.“

Mit dem neuen Ansatz werden bei der energetischen Sanierung auch das Aufbereiten von Brachflächen für den Wohnungsbau und Abrissmaßnahmen förderfähig. Ein wei-



teres Novum: Unter bestimmten Bedingungen wird auch die Wohnungsausstattung zum Schutz vor Einbrüchen zuschussfähig. „Neben der Schaffung von bezahlbarem und angemessenem Wohnraum geht es zukünftig verstärkt um die ganzheitliche Entwicklung von Wohnquartieren in Stadt und Land. So werden

70 Millionen Euro jährlich für Maßnahmen der Quartiersentwicklung bereitgestellt. Abgerundet wird die soziale Wohnraumpolitik der SPD-Fraktion durch einen verbesserten Mieterschutz und eine Mietpreisbremse“, so Reiner Breuer. ■



Frau Kraft muss Hochschulentmündigungsgesetz stoppen

Der Entwurf der Landesregierung zum so genannten „Hochschulzukunftsgesetz“ hat eine beispiellose Protestwelle in Nordrhein-Westfalen entfacht. „Mit ihrem regelungswütigen Entwurf hat Ministerin Schulze Hochschulen, Studierende und Wirtschaft gegen die Landesregierung aufgebracht“, konstatiert der wissenschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Stefan Berger (Foto).

Im Fokus der Kritik stehen die geplanten Transparenzvorschriften bei der Verwendung von Drittmitteln für Forschungszwecke an nordrhein-westfälischen Universitäten. Hochschulrektoren und Vertreter der mittelständischen Industrie und Wirtschaft sehen dadurch 2.500 Arbeitsplätze gefährdet und fürchten die



Abwanderung von Forschung in andere Bundesländer wie Bayern, wo es derartige Vorschriften nicht gibt.

Berger: „Transparenz kennt auch das bestehende Gesetz. Bisher ist es jedoch so geregelt, dass Ergebnisse nach Abschluss eines Forschungsprojekts veröffentlicht werden.“ Der Gesetzentwurf von Frau Schulze sieht hingegen vor, dass künftig nicht nur das Projekt, der Auftraggeber und der finanzielle Umfang von Forschungsprojekten veröffentlicht werden sollen. Durch schwammige Formulierungen lässt er Interpretationsspielraum, dass eine Veröffentlichung bereits vor Beginn eines Forschungsprojekts erfolgen kann.

„Dass kaum ein Unternehmen bereit sein dürfte, sich so einfach in die Karten schauen

zu lassen, dürfte auch der Ministerin einleuchten“, betont Berger. Damit erleichtere Rot-Grün ohne Not Industriespionage im eigenen Land.

„Um noch mehr Schaden vom Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen abzuwenden, muss Frau Kraft diesen Entwurf zurückziehen und endlich die im bestehenden Gesetz vorgesehene Evaluation von unabhängigen Experten durchführen lassen“, appelliert Berger. „Im Anschluss kann gemeinsam mit allen Beteiligten eine sinnvolle Nachsteuerung im Detail erfolgen – ohne rot-grün geprägten, ideologischen Ballast.“ ■



Die Landtagsfraktion
CDU



Grün gegen Rechts: Wie wirksam sind Verbote rechtsextremer Organisationen?

Vor wenigen Wochen reichte der Bundesrat einen Verbandsantrag gegen die rechtsextreme NPD beim Bundesverfassungsgericht ein. In NRW sind im Jahr 2012 vier Kameradschaften durch das Landesinnenministerium NRW verboten worden. Die „Kameradschaft Walter Spangenberg“ in Köln, die „Kameradschaft Hamm“, die „Kameradschaft Aachener Land“ und der „Nationale Widerstand Dortmund“ können nicht mehr legal auftreten, mögliche Nachfolgestrukturen sind ebenfalls verboten, und die Vereinsvermögen wurden beschlagnahmt.

Doch ob Verbote rechtsextremer Organisationen eine nachhaltige Zerschlagung von Strukturen oder aber die Herausbildung neuer gewaltbereiter Gruppierungen bewirken, ist eine der umstrittensten Fragen im Kampf gegen

GRÜN gegen Rechts



den organisierten Rechtsextremismus. Während die einen der „Normalisierung“ rechtsextremer Positionen und Aktivitäten entgegentreten wollen, argumentieren die anderen, dass die Köpfe der verbotenen Organisationen weiterhin aktiv sein werden.

Auf unserer Veranstaltung „Das gehört verboten!“ – Wie wirksam sind Verbote rechtsextremer Organisationen?“ am Freitag, dem 14. Februar 2014, von 13 bis 19 Uhr im Landtag wollen wir diskutieren, ob und wann Verbote

ein wirksames Mittel gegen Rechtsextremismus sein können. Anmeldungen für die Veranstaltung bitte bis zum 12. Februar 2014 per Mail an hasret.karacuban@landtag.nrw.de. Weitere Informationen gibt es auf der Seite der Fraktion: www.gruen-gegen-rechts.de



FDP-Werkstattgespräch zum Klimaschutzplan

Ist der Klimaschutzplan NRW Chance oder Risiko für den Verkehrssektor? Über diese Frage hat die FDP-Fraktion bei einem Werkstattgespräch mit mehr als 100 Teilnehmern diskutiert. Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem Klimaschutzgesetz einen Sonderweg eingeschlagen. Bis 2050 muss der Ausstoß von Treibhausgasen in NRW um mindestens 80 Prozent verringert werden. Wie das gelingen soll, ist jedoch nicht abseh-

bar. Licht ins Dunkel kann der Klimaschutzplan bringen, der derzeit unter Beteiligung von sechs Arbeitsgruppen erarbeitet wird. Die Maßnahmenvorschläge der Arbeitsgruppe Verkehr standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

„Die FDP-Fraktion hat die Sinnhaftigkeit des rot-grünen Klimaschutzgesetzes von Anfang an infrage gestellt. Denn Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, der man nicht mit einer Insellösung begegnen kann“, unterstrich Christof Rasche, Parlamentarischer Geschäftsführer und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Stefan Schreiber, Federführer Energie und Klimaschutz der IHK NRW,

Dr. Christoph Kösters, Clustermanager Logistik NRW, sowie Patrik Werner, Vorstandsmitglied des Verkehrsclubs Deutschland Landesverband NRW, lieferten Impulse für die Diskussion. Einigkeit bestand, dass alle Verkehrsträger vor großen Herausforderungen stehen, um den wachsenden Güterströmen, der steigenden Mobilität und zugleich dem Klimaschutz gerecht zu werden. „Klimaschutz ist eine Mammutaufgabe, und es bestehen viele offene Fragen. Die FDP wird den Entstehungsprozess des Klimaschutzplans konstruktiv begleiten“, erklärte Henning Höne, Sprecher für Klimaschutz der FDP-Fraktion.



Migration aus Südosteuropa – eine Chance für Deutschland

Zur Migration aus Südosteuropa befragt, äußerte ein Europa-Parlamentarier: „Deutschland will die Märkte und nicht die Menschen.“ Die Menschen verstehen sich leider nicht als Europäer, sondern als Staatsangehörige ihres Landes. Stets ging es nur darum, Märkte und Währungen anzupassen. Jetzt haben wir den Euro – aber auch „Europäer“?

Die Staatengemeinschaft wird nicht als Ganzes betrachtet, und als Europäer haben wir uns noch nicht einmal eine Verfassung gegeben. Durch eine lange Übergangsfrist zwischen EU-Erweiterung und Arbeitnehmerfreizügigkeit haben wir uns einen Teil der Probleme selbst gemacht: Hochqualifizierte Migranten wurden mit Kussband genommen, die mittel- und niedrigqualifizierten hingegen durften zwar einreisen, aber haben kaum eine Chance, eige-

nes Geld zu verdienen. Die allermeisten Rumänen und Bulgaren wollen arbeiten und haben die EU-Freizügigkeit herbeigesehnt. Dass ausgerechnet jetzt eine Debatte um „Sozialtourismus“ aufbrandet, ist unerträglich.

Ab jetzt beginnen die arbeitenden Migranten in unsere Sozialsysteme einzuzahlen, denn nicht der Zugang zu unseren Sozialsystemen ist jetzt erleichtert, sondern der Zugang zum Arbeitsmarkt. Deswegen fordern wir ein Bekenntnis zu uneingeschränkter Freizügigkeit. Seitdem die europäische Gemeinschaft nach Süden und Osten wächst, wird Armutseinwanderung beschworen, die das deutsche Sozialsystem überschwemmen würde. Nichts dergleichen ist passiert. Warum also diese Ängste? Die von vielen Politikern geschürten Befürchtungen sind in der Mittelschicht angekommen. Wer bei

den etablierten Parteien damit jetzt Stimmung macht, muss sich nicht wundern, wenn Wähler ins rechte Lager abdriften.

Deutschland braucht Migration für Wirtschaft und Sozialsysteme. Dabei sind eine gelebte Willkommenskultur in den Kommunen, Antiziganismuskampagnen und gemeinsame Feste wichtig, um Integration zu fördern. Viele Politiker vergessen, dass es schon immer Wanderungen ganzer Bevölkerungsgruppen gab. Auch Deutsche machten sich einst auf den Weg, weil sie in ihrem eigenen Land keinerlei Hoffnung sahen. Daraus sollten wir lernen und Europa leben.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Foto: Schälte

Europa-Themen in 24 Stunden

Rundumschlag vom Datenschutz bis zur Armutzuwanderung

3./4. Dezember 2013 – 19 Abgeordnete des Ausschusses für Europa und Eine Welt haben sich auf ihrer Informationsreise nach Brüssel mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments getroffen und sich über die Politik der Kommission informiert. Außerdem auf dem Programm: die Wirtschaftspolitik der EU-Kommission und die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten.

Die Politik der Europäischen Union hat direkte Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen: Viele politische Probleme können nicht allein vor Ort oder in Brüssel, sondern nur gemeinsam gelöst werden.

Die Landtagsabgeordneten sprachen mit den nordrhein-westfälischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments (EP) unter anderem über Armutzuwanderung. Viele Roma leben in deutschen Städten unter schlechten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Dieses Problem müsse vor Ort, in den Städten und Gemeinden, gelöst werden – aber mit europäischen Mitteln. So waren sich die Abgeordneten beider Parlamente einig, dass der Zugang zu verfügbaren EU-Mitteln erleichtert werden müsse.

Die sozialdemokratischen EP-Abgeordneten Birgit Sippel, Petra Kammerevert und Jens Geier und die beiden Parlamentarier Axel Voss und Dr. Peter Liese von der Europäischen Volkspartei diskutierten mit den NRW-Abgeordneten aktuelle europäische Themen wie Da-

tenschutz, Verbraucherschutz und EU-Kohäsionspolitik. Einige Themen wie zum Beispiel der Datenschutz bei „eCall“, dem von der EU geplanten automatischen Notrufsystem für Autos, werden in der nächsten Europaausschusssitzung in Düsseldorf weiter diskutiert. Im Rahmen ihrer auswärtigen Sitzung diskutierten die Ausschussmitglieder mit den Referentinnen und Referenten der NRW-Landesvertretung unter anderem über das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA und die EU-Verkehrspolitik.

Neben dem Gespräch mit den EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern nahmen die Landtagsabgeordneten an einem Fachgespräch zur wirtschaftspolitischen Koordinierung des NRW-Wirtschaftsministeriums teil. Dr. Barbara Kauffmann von der Europäischen Kommission und Dr. Ernst Stetter, Generalsekretär der Foundation for European Progressive Studies, argumentierten, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht vorbei sei,

auch wenn es in den meisten Ländern der EU wirtschaftlich bergauf gehe. Die Arbeitslosenquote in der EU betrage 12,2 Prozent, in den südlichen Ländern sehe es noch schlimmer aus. „Deswegen muss weiter hart daran gearbeitet werden, um die Krise zu bewältigen“, so Stetter. Kauffmann stellte die „Wirtschaftspolitische Überwachung und Koordinierung in der EU“ aus Kommissionssicht dar. Aus der ursprünglichen Finanzkrise habe sich eine Vertrauenskrise entwickelt, gegen die man jetzt weiter angehen müsse, unterstrich die Expertin. Zur Bewältigung der Krise seien das Six- und das Two-Pack eingeführt worden, mit denen der Stabilitäts- und Wachstumspakt verändert worden sei, um zu einer stärkeren Kontrolle zu gelangen. Als Folge könne man inzwischen wieder ein positives Wachstum wahrnehmen, erklärte Kauffmann.

EINFLUSS NEHMEN

Bereits der Vortag stand im Zeichen der Wirtschaftspolitik: In einer Diskussionsrunde mit Vertretern des NRW-Wirtschaftsministeriums, der Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen, des Westdeutschen Handwerkskammertags, der Unternehmer NRW und der Hans-Böckler-Stiftung diskutierten die Landtagsabgeordneten die Frage, wie das Land Einfluss auf die Rechtsetzung in der EU nehmen könne. Neben den Möglichkeiten direkter Einflussnahme des Landes in Form von Gesprächen mit Europaabgeordneten, Vertreterinnen und Vertretern der EU-Kommission und Konsultationen wurden als indirekte Einflussnahme die Mitwirkung der NRW-Abgeordneten im Ausschuss der Regionen der EU beziehungsweise über den Bundesrat thematisiert. Nach dem vielen Diskussionsstoff am ersten Tag und vor den Gesprächsrunden des Folgetags gab es einen feierlichen Kontrapunkt am Abend: Die NRW-Abgeordneten lauschten einem Violinkonzert des NRW-Förderpreisträgers Noé Inui im Theater Le Vaudeville auf Einladung von Europa-ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren.

Stephan Malessa

Frankreich-Kontakte

Eine zweitägige Informationsreise unternahm die Parlamentariergruppe NRW-Frankreich unter dem Vorsitz von Vizepräsident Oliver Keymis im Dezember nach Lens und Lille. Vom Strukturwandel über den Arbeitsmarkt und eine spürbare Europamüdigkeit bis hin zur internationalen Zusammenarbeit von Städten und Regionen standen auch hier viele Gesprächsthemen auf dem Programm.



Portrait: Günter Garbrecht (SPD)



Günter Garbrecht ist Sozialpolitiker mit Leib und Seele. Das Schicksal von Menschen am Rande der Gesellschaft, von Armen und Alten, von Arbeitslosen, von Drogen- und Alkoholabhängigen, von AIDS-Kranken und Behinderten lässt dem Bielefelder Sozialdemokraten, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, keine Ruhe. Mit mittlerweile 64 Jahren setzt er sich mit derselben Leidenschaft und demselben Elan für die ein, die sich selbst kaum äußern können und am dringendsten auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, wie zu Beginn seiner politischen Karriere.

Dabei wird er sich nahezu jeden Tag aufs Neue bewusst, dass Sozialpolitik im Land bedeutet, dass ganz dicke Bohlen gebohrt werden müssen. Die „Oberregulierer“, wie er sie nennt, sitzen im Bundesministerium und im Bundestag in Berlin, da drüber noch die Eurokraten in Brüssel, für die konkrete Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen sind die Kommunen zuständig, „und das Land hängt als Zwitter irgendwo dazwischen“. Es fehle an einer eindeutigen Zuordnung, alles sei miteinander verzahnt und verzweigt. Trotz dieser schwierigen Gemengelage ist Garbrecht stolz darauf, was seit seinem Eintritt in den Landtag vor fast 14 Jahren auf diesem Gebiet erreicht wurde, vor allem natürlich auf das, was die rot-grüne Koalition unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zunächst als Minderheitsregierung und seit 2012 mit stabiler Mehrheit bewegt hat. Nur wenig ist spektakulär, vieles hat nicht einmal den Weg in die Nachrichten gefunden, für die Betroffenen war es aber oft eine große Hilfe. Dabei geht es um eine bessere Infrastruktur bei der Pflege, die es alten Menschen ermöglicht, in ihrem vertrauten Zuhause zu bleiben, um eine bessere Finanzierung der Altenpflege, um den Beruf des Pflegers für junge Leute attraktiver zu machen, um konkrete Hilfen für Sucht- und Drogenkranke, die oft von der Politik ausgegrenzt werden, ein Politikfeld, das Garbrecht auch aufgrund seiner persönlichen Geschichte besonders nahe ist.

Ein nach wie vor umstrittenes Gesetz, mit dem er sich als Ausschussvorsitzender intensiv beschäftigen musste, hat sogar sein eigenes Leben massiv verändert. Nicht zuletzt unter dem Einfluss des Nichtraucherschutzgesetzes der rot-grünen Koalition hat sich Garbrecht nach fast 50 Jahren intensiver Qualmerei zum Nichtraucher gewandelt, seit über zwei Jahren hat er keine der früher so geliebten schwarzen französischen Glimmstengel angefasst.

Auf seine Vergangenheit als linker Gewerkschafter und leidenschaftlicher Kämpfer gegen die Notstandsgesetze ist Garbrecht heute noch so stolz, dass er am liebsten rote Schlipse und rote Hosenträger trägt. Ein Parteisoldat, der alles gut findet, was Vorsitzende und Vorstände verkünden, ist er dabei nie gewesen. Noch heute regt er sich über die geschönten Statistiken zur Ausbildungssituation junger Leute auf, und dabei ist es ihm egal, ob sie von seinen Parteifreunden Andrea Nahles im Bund oder Guntram Schneider im Land verkündet werden. „Schönfärberische Reden kann ich auf den Tod nicht ausstehen, egal, wer sie hält.“ Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Fakten so zur Kenntnis nimmt, wie sie wirklich sind, und nicht sich und anderen etwas in die Tasche lügt, ist er überzeugt.

Mehrfach ist der in seiner Heimatstadt Bielefeld fest verankerte Sozialpolitiker gefragt worden, ob er nicht für den Bundestag kandidieren wolle. Doch das kam für Garbrecht nie infrage, die Luft im politischen Klima der Bundeshauptstadt ist ihm zu dünn. Vor 14 Jahren war er aus der Schichtarbeit in einem Unternehmen der Metallindustrie in den Landtag gewechselt, damit nicht nur Gewerkschaftssekretäre, sondern auch Arbeiter von der Werkbank und somit Arbeitnehmerinteressen in der Landespolitik vertreten sind. „Im Landtag kann man sich noch immer erden, das ist im Bundestag schon sehr viel schwieriger“, ist Garbrecht überzeugt.

Auf den Fluren des Landesparlaments ist Garbrecht mittlerweile eine Art Institution, Freunde hat er in allen Fraktionen und respektvoll reden auch die von ihm, die seine politischen Überzeugungen nicht teilen. Unüberhörbar ist der Bielefelder auf jeden Fall, seine markante Stimme ist auch dann zu vernehmen, wenn die Mikrofonanlage ausfällt. Trotz aller Sympathie und Wertschätzung, die ihm entgegengebracht werden, ist für ihn mit Ende der Legislaturperiode unwiderruflich Schluss, mit dann 67 Jahren will er 2017 nicht noch einmal für den Landtag kandidieren. Dann will er die Bücher lesen, für die er jetzt nur selten Zeit hat, dann will er häufiger zu Hause am Herd stehen und seine Freunde mit selbstgemachter Marmelade überraschen. Ganz ohne ehrenamtliches Engagement im Bereich der Sozialpolitik wird es dann allerdings auch nicht gehen.

Peter Jansen

Gesetze vorab unter die Lupe

Was ist gute Gesetzgebung? Noch im Entstehungsprozess untersucht ein unabhängiges Gremium aus ehrenamtlichen Fachleuten Gesetzentwürfe auf Folgen für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung. Das Ziel ist es, Bürokratie abzubauen und Bürokratiekosten zu verringern. Sie überprüfen, ob der Gesetzestext klar und möglichst einfach formuliert ist. So wird das auf Bundesebene seit sieben Jahren gehandhabt, denn dort gibt es einen sogenannten Nationalen Normenkontrollrat, der genau solches tut. Das Land Sachsen schlägt den Weg ebenfalls ein. Nun prüft Nordrhein-Westfalen, ob ein solcher Rat auch hierzulande Sinn macht. Dazu haben Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) und die Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung Anfang Januar jede Menge Fachleute aus Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft und Ministerien eingeladen.

Das Prinzip der Normenkontrolle ist einfach: Stellt sich heraus, dass in einem Gesetzentwurf Bürokratie- oder Folgekosten enthalten sind, soll der Gesetzestext noch einmal überdacht, möglicherweise überarbeitet werden, das Wissen über die festgestellten Implikationen im Hinterkopf. Kosten und Nutzen des politischen Gewollten werden noch einmal neu gegeneinander abgewogen. Dann erst kommt der Entwurf auf den Kabinetttisch und ins Parlament.

Ob Nordrhein-Westfalen einen solchen Normenkontrollrat bekommen wird, blieb an dem Abend offen, Justizminister Thomas Kutschaty sagte aber zum Schluss, er nehme eine Menge Anregungen mit.

sow

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, stv. Chefredakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Nicolaus Kern (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer & Axel Birkenkämper (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
Druckservice Duisburg
Medienfabrik GmbH & Co. KG

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

www.landtagintern.de



Geburtstage

29. Januar bis 18. Februar 2014

31.1. Lürbke, Marc (FDP)	37
4.2. Priggen, Reiner (GRÜNE)	61
6.2. Wegner, Olaf (PIRATEN)	47
7.2. Middendorf, Claudia (CDU)	45
9.2. Kern, Walter (CDU)	60
10.2. Biesenbach, Peter (CDU)	66
10.2. Wolf, Sven (SPD)	38
11.2. Klocke, Arndt (GRÜNE)	43
15.2. Ellerbrock, Holger (FDP)	66
16.2. Uhlenberg, Eckhard (CDU)	66
17.2. Lohn, Werner (CDU)	56
17.2. Brems, Wibke (GRÜNE)	33
18.2. Löcker, Carsten (SPD)	53
18.2. Laschet, Armin (CDU)	53
18.2. Dr. Orth, Robert (FDP)	46

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

31.1. Gorlas, Johannes (SPD)	80
1.2. Stevens, Martin (SPD)	85
5.2. Wegener, Karl (CDU)	80
5.2. Lagemann, Inge (SPD)	70
6.2. Balke, Franz-Josef (CDU)	75
17.2. Maedge, Rainer (SPD)	70

Wiederwahl

Der Landtagsabgeordnete Rolf Seel (CDU) wurde als Vizepräsident und Schatzmeister der „Partnerschaft der Parlamente“ einstimmig wiedergewählt. Diese Partnerschaft umfasst alle deutschen Landtage sowie Landtage aus Österreich und Kantone aus der Schweiz.

Treffen & Termine

29.1. bis 6.3.2014 Ausstellung „Der Aachener Dom“

30.1. bis 13.2.2014 Ausstellungen zum Thema Integration: „ExpertInnen in eigener Sache“ und „Farben der Gesellschaft“

18.2.2014 Närrischer Landtag: Würdigung der Brauchtumpflege sowie Empfang der Prinzenpaare

Ausstellungen sind montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr zu besichtigen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten: Tel. (0211) 884-2129, veranstaltungen@landtag.nrw.de

Landtagsandacht

Wie in jeder Plenarwoche haben Dr. Thomas Weckelmann, Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, und Dr. Burkhard Kämper, kommissarischer Leiter des Katholischen Büros, vor Beginn der Plenarsitzung am Donnerstag, 30. Januar 2014, zum Parlamentsfrühstück und zur anschließenden Landtagsandacht im Raum der Stille eingeladen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Gesegnet ...

... wurde der Landtag auch dieses Jahr wieder durch die Sternsinger der Gemeinde St. Martin in Düsseldorf-Bilk. Im Parlamentsgebäude wurden sie von Landtagspräsidentin Carina Gödecke empfangen. Die kleinen Könige haben dieses Jahr unter dem Leitwort „Segen bringen, Segen sein. Hoffnung für Flüchtlingskinder in Malawi und weltweit“ Geld für diejenigen gesammelt, die ihre Heimat verlassen mussten, als Flüchtlinge in Lagern leben und sich in der Fremde zurechtfinden müssen. Allen, die spenden, schreiben sie – falls gewünscht – ihren Segensspruch „Christus Mansionem Benedicat“ (lateinisch für „Christus segne dieses Haus“) an die Tür. Hier ist es die Tür zum Empfangsraum der Präsidentin. Foto: Schälte